

fer Außenministerkonferenz, an der Vertreter beider deutscher Staaten teilnehmen. Sie sind der Auffassung, daß diese Konferenz die Durchführung einer Friedenskonferenz beschließen sollte, auf der ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wird. Gleichzeitig ist auch die Berliner Frage auf friedlichem Wege durch die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu regeln. *Die bevorstehenden Verhandlungen der Großmächte, denen die Einberufung einer Gipfelkonferenz bald folgen muß, können und müssen zu Verträgen führen, die den Frieden stärken und zur Entspannung beitragen.* Zu diesem Zwecke werden die Bildung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa sowie der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Staaten und den Staaten des Warschauer Vertrages von großer Bedeutung sein.

Beide Parteien unterstützen die Vorschläge der Außenministerkonferenz der sozialistischen Länder als Beitrag zur internationalen Entspannung. Beide Parteien stimmen darin überein, daß die Hauptgefahr von der NATO ausgeht. Sie will Dänemark in ihr strategisches Tor der Ostsee verwandeln. Sie will sowohl die dänischen als auch die norwegischen Seestreitkräfte dem Kommando westdeutscher Militaristen unterstellen. Denn sie will die Ostsee in eine Rollbahn ihrer Aggressionen gegen die sozialistischen Staaten verwandeln. Der deutsche Imperialismus greift wieder, gestützt auf die NATO, nach der Vorherrschaft über Nordeuropa. Tatsachen zeigen die drohende Gefahr. Heute kommandieren schon wieder in der Bundeswehr und in der Bundeskriegsmarine die gleichen Offiziere, die 1940 mit den Truppen Hitlerdeutschlands Dänemark und Norwegen überfielen.

Von großer Bedeutung für die Sache des Friedens ist die kraftvolle Bewegung des dänischen Volkes gegen die Errichtung von Depots der Bundeswehr in Jütland und gegen die Errichtung der militärischen Vorherrschaft des deutschen Imperialismus.

Beide Parteien heben die Initiative der Deutschen Demokratischen Republik für einen Nichtangriffspakt der Ostseestaaten und für die Entwicklung der friedlichen Beziehungen im Ostseegebiet hervor. Sie unterstützen gemeinsam die Ostseewoche, die der Erhaltung und Stärkung des Friedens an der Ostsee dient. Beide Parteien heben die Notwendigkeit hervor, daß zur Entwicklung der guten Nachbarschaft die dänische Bevölkerung Kenntnis über die tatsächlichen Verhältnisse des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik erhält. Die